**Ich begrüße Sie nicht als Damen und Herren. Mir kommt es auf Ihre Funktion an und deswegen sage ich:**

**Liebe Gemeinwohlproduzentinnen und –produzenten! Dazu gleich mehr.**

# Was ich heute mit Ihnen vorhabe

Peter Clever hat gerade auf dem Einführungspodium erklärt, dass wir mehr an Haltungen als an Vorschriften arbeiten müssen. Dem möchte ich zustimmen und in diesem Sinne im ersten Teil meines Vortrages an Hand weniger Zahlen erläutern, wie groß die demografischen Herausforderungen sind, die unweigerlich auf uns zukommen und heute schon eine Haltungsänderung erfordern, wenn wir eine lebenswerte Zukunft gesellschaftlich gestalten wollen. Danach stelle ich im zweiten Teil dar, wie wir zur Zeit vorwiegend aufgestellt sind und wo die größten systemischen Mängel zu verzeichnen sind, um danach im dritten Teil ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu machen, was not tut für wirkliche Innovationen beim Aufbau neuer, verbindlicher Nachbarschaften.

## 1. Teil: Der demografische Wandel – unsere gemeinsame Herausforderung

Nur vier Zahlen zur Skizzierung des demografischen Herausforderungen, denen wir uns nur gemeinsam als Gesamtgesellschaft stellen können:

In den vielen Sonntagsreden heißt es immer: „Wir werden älter, wir werden weniger, wir werden bunter“. Das ist eine harmlos klingende Aussage, die in dieser Harmlosigkeit geradezu gemeingefährlich ist:

1. **„Wir werden weniger“** muss man in Zahlen verdeutlichen: Die demografisch vorausberechnete Abnahme der Erwerbsfähigen in Deutschland um 6,3 Mio. bis 2030, trotz eingerechneter Zuwanderung von durchschnittlich 100.000 Personen pro Jahr, kann keine Industriegesellschaft dieser Welt ohne Einbußen aushalten: Und keiner weiß, ob wir die hohen Einwanderungs-zahlen halten oder steigern können und wie wir es schaffen, möglichst qualifizierte Einwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Gerede, dass die Flüchtlinge unser Nachwuchsproblem lösen, ist kompletter Unsinn – dafür sind sie weder ausreichend qualifiziert noch von der Anzahl her genug. Auch die Produktivität kann nicht so schnell steigen wie die Fachkräfte abnehmen. Und selbst wenn die Digitalisierung im Rahmen der vielbe-schworenen Industrie 4.0 wird nicht so viele Arbeitsplätze vernichten wie Menschen fehlen, zumal nicht in den Bereichen Pflege und Betreuung, weil wir da auf Menschen wie Sie angewiesen sind und bleiben werden.
2. **„Wir werden älter“** braucht auch konkrete Zahlen: Die gleichzeitige Zunahme der Rentenempfänger um 5,8 Mio. bis 2030 und die zusätzlich zu erwartende Zunahme der Lebenserwartung um bis zu drei Monate pro Jahr stellt unser gesetzliches Rentensystem und das damit verbundene Umlageverfahren vor eine unlösbare Aufgabe. Dazu muss man nicht Mathematik studiert haben, wie Franz Müntefering immer wieder sagt. Um nur die unmittelbar bevorstehende Zukunft in Zahlen begreifbar zu machen: Die Defizite der allg. Rentenversicherungen belaufen sich 2017 auf 4 Mrd., 2018 auf 5 Mrd. und 2019 auf 6 Mrd. Dann sind von der heutigen sog. Nachhaltigkeitsrücklage nur noch 14,6 Mrd. übrig: Das sind 0,67 Monatszahlungen. Und die Rente mit 67 ist als solche auch keine Lösung: Bis sie Ende 2029 endgültig in Kraft getreten ist, könnten einige Erwerbsfähige zwei Jahre länger arbeiten – sie leben aber fast alle dann schon drei Jahre länger. Ein kleiner Bremseffekt, aber unzureichend. Und wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz kann auch der staatliche Zuschuss in die Rentenversicherung (heute auch wegen der sog. versicherungsfremden Leistungen bereits 100 Mrd. pro Jahr, die eigentlich aus den allgemeinen Steuermitteln direkt bezahlt werden müssten) nicht noch weiter steigen als ohnehin schon vorgesehen. Dagegen wird die im Gesetz vorgesehene Absenkung des allgemeinen Renten- (sog. Sicherungs-) niveaus auf 44,6 Prozent der letzten Bezüge die Altersarmut zu einem ganz wichtigen gesamtgesellschaftlichen Problem machen. Heute sind wir noch einigermaßen davon entfernt. Wir wissen aber seit langem, dass der Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern deutlich macht, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen. (Rentenver-sicherungsbericht Februar 2016, S.12 )
3. Alle Fachleute sind sich einig, dass es bis 2050 fast zu einer Verdoppelung der Pflegebedürftigen (von 2,6 Mio. auf 4,2 Mio.) kommen wird. Das geschieht bei **gleichzeitiger Abnahme des informellen/familiären Pflegepotentials**, das heute noch 70% der Pflegeleistungen erbringt (vorwiegend ältere Frauen). Auch diese Entwicklung ist in Ihrem Konzept hervorragend dargestellt. Die Pflegeversicherung in ihrer jetzigen Form kann sich dieser Entwicklung nur stellen, wenn eine drastische Steigerung der Beiträge erfolgt. Keiner hat hier eine Patentlösung. Aber alle sind sich einig, dass grundlegende Veränderungen nötig sind. Ein Nebenaspekt: Schon heute pflegen 2,4 Mio. Vollerwerbstätige einen oder mehrere Angehörige. Sie wenden dafür pro Woche 28 Stunden auf. Der Burnout ist für diesen Personenkreis programmiert, sie erfahren viel zu wenig Unterstützung aus der Gesellschaft und aus dem ganzen System, das zudem noch hochkomplex ist.

## 2. Teil: Wie gehen wir heute diese Herausforderung an?

Unsere gesellschaftlichen Systeme in Politik, Verwaltung und in der Zivilgesellschaft sind hochgradig segmentiert aufgestellt: Es ist eine hochgradige Versäulung der Zuständigkeiten in ihren jeweiligen Silos festzustellen. Auf kommunaler Ebene spricht das Schulamt nicht mit dem Sozialamt, dieses nicht mit dem Jugendamt usw. Jeder verfolgt eigenständige Ziele – einen Gesamt-Entwicklungsplan, wie es in fünf Jahren aussehen soll mit der Daseinsvorsorge gibt es nicht. Das wiederholt sich auf Landes- und Bundesebene und wird durch unterschiedliche Parteienzugehörigkeiten einzelner Minister noch verstärkt. Allerorten Profilierungssucht und kurzfristige Fixierung auf Erfolge, die möglichst das eigene Ansehen steigern und im nächsten Wahlkampf die Wiederwahl erleichtern sollen. Die Kommunikation und Koordination zwischen einzelnen Ressorts ist sehr schwach ausgeprägt und wird häufig von taktischen Überlegungen beeinträchtigt. Dasselbe spiegelt sich in der Zivilgesellschaft wieder: Da kämpfen alle, auch die großen Wohlfahrtsorganisationen jeder um die knappen Mittel, bei teilweise gleicher Zielgruppe und gleichem regionalen Tätigkeitsbereich, neue Akteure werden als Konkurrenz wahrgenommen und nach Kräften behindert, obwohl es insgesamt an Ressourcen mangelt. Das ist insgesamt eine große Vergeudung von Finanzmitteln und von Humanvermögen, aber auch systembedingt: Über die übliche Projektförderung – wir nennen diese Krankheit Projektitis - wird nicht nur der Wettbewerb unvermeidbar, sondern auch ein permanenter Mangel an Ermöglichungsstrukturen und personellen Ressourcen verfestigt. Es fehlt an Zeit und Geld, sich außerhalb des alltäglichen Hamsterrades mit langfristigen Entwicklungen und über eine durchaus mögliche und absolut sinnvolle Koordination mit anderen Akteuren zu verständigen. Und dann wundern sich die Projektförderer, wenn in ihrem drei Jahre lang geförderten Leuchtturm das Licht ausgeht, weil sie den Strom abstellen.

Ein zweiter Faktor verstärkt diese Energievergeudung noch: es gibt kaum Erfahrungsaustausch, ein vollkommen ungenügendes Wissensmanagement und kaum (schon gar nicht strategisch geplanten)Transfer guter Projekte von A nach B: Jeder erfindet vor Ort das Rad neu, statt bei gegebenem Hilfsbedarf nach anderen erfolgreichen Modellen Ausschau zu halten, die man einfach kopieren und/oder angemessen umgestaltet auf das eigene Feld, den eigenen Ort übertragen könnte. Für solche Prozesse gibt es in der Regel auch kein Geld, weder öffentlich, noch privat, weil auch viele Unternehmen und Stiftungen stets nur das eigene Image im Kopf haben und nur entsprechende Einzel-Projekte fördern. Dabei soll alles natürlich „innovativ“ sein – wie idiotisch das ist, wenn man stattdessen bewährte Ansätze erfolgreicher Projekte nur abschreiben könnte – mit einer nachgewiesenen hohen Wirkung (social impact).

Das Ganze wird verschärft durch die strukturelle Unterfinanzierung der allermeisten Kommunen, in denen das Engagement ja schließlich stattfindet: Sie alle müssen mehr leisten als sie aus eigener Tasche bezahlen können – viele Kommunen sind hoch verschuldet und was wird in einer solchen Notsituation als erstes gestrichen: Die freiwilligen Aufgaben, zu denen auch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gehört. Und darunter fallen auch viele Dinge, die entscheidend sind für die Lebensqualität vor Ort: Büchereien, Schwimmbäder, Freizeitangebote usw.

Bei der **Pflege haben wir ein System eingerichtet, das strukturell unterfinanziert ist**: Minutenpflege, niedrige Gehälter und Überlastung der Pflegenden, mangelhafte Unterstützung pflegender Angehöriger, Fixierungen von Dementen und insbesondere bei Hochaltrigen eine flächendeckende Übermedikation bis hin zur „terminalen Sedierung“. Ganz zu schweigen davon, dass das zwischenmenschliche Gespräch oder einfach das Handhalten ganz unter die Räder kommt, weil es keine abrechenbare medizinische Leistung ist. Ihr Anliegen, in stationären Heimen zu besseren und menschenwürdigeren Lösungen zu kommen müsste uns allen auf den Nägel brennen. Und die Besserung kann nicht der Einzelne alleine leisten – es sind die Rahmenbedingungen, die verändert werden müssen.

Und dann das Problem des **Fachkräftemangels**: Fachleute schätzen, dass schon heute 50.000 Fachkräfte in der Pflege fehlen – bis 2030 sollen es 80.000 sein, bis 2050: 500.000. In einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums aus September 2014 wird festgestellt: „Die meisten der insgesamt 55 Berufsgattungen mit starkem Engpass waren in den Berufsfelder „Gesundheit, Soziales und Bildung“ usw. zu verzeichnen. Die meisten Fachkräfte in Engpassberufen waren in diesem Berufsfeld beschäftigt: 1,57 Millionen. Von den 6,7 Millionen Fachkräften in Engpassberufen werden 2,1 Millionen ältere Fachkräfte innerhalb der nächsten 15 Jahre den Arbeitsmarkt verlassen und müssen ersetzt werden.“

Und alles soll so weitergehen wie bisher, nur mit noch viel mehr Geld. Wie denn? Viel hilft hier eben nicht viel. Wir stehen insbesondere im sozialen Bereich vor einem Paradigmenwechsel – und auch vor einem gewaltigen Wechsel im Selbstverständnis und der gesellschaftlichen Funktion der Wohlfahrtsverbände, auch der Diakonie und auch der EKH.

In dieser Großwetterlage müssen neue, innovative Lösungen gefunden werden, um die beschriebenen Herausforderungen, das demografische Risiko, in eine große Beteiligungs**chance** zu verwandeln. Die vorhandenen Ressourcen an Eigenver-antwortung und Selbstorganisation insbesondere in Form des bürgerschaftlichen Engagements müssen besser und nachhaltiger als bisher in den Prozess der sozialen Erneuerung und der gemeinsamen Gemeinwohlproduktion eingebracht werden – durchaus auch mit öffentlicher Förderung. Niemand redet von einem Rückzug des Staates: Er muss sich vielmehr in ganz anderer Weise als bisher einbringen in einen Mix der Gemeinwohl-produktion. Dazu gleich mehr.

## 3. Teil: Für soziale Innovation brauchen wir eine neue Haltung

Der Chef der Charité Stiftung sagte vor einigen Jahren, dass die Frage der Innovation eine Frage der Haltung ist. Das möchte ich Ihnen gerne zustimmend erläutern und an vier grundlegend falschen Haltungen verdeutlichen.

# Haltungsfehler 1: Staatsgläubigkeit

# Fixierung auf den Obrigkeitsstaat

Dieser Haltungsfehler, der darin besteht, immer nach dem „Vater Staat“ zu rufen, spiegelt sich durchaus auch schon auf der kommunalen Ebene, wo mancherorts nach wie vor eine Art Omnipotenzphantasie der gewählten und/oder zuständigen öffentlichen Akteure vorherrscht und eine Kooperation mit den partizipationsbereiten Bürgern und der Zivilgesellschaft verhindert – und ich hoffe, dass ich niemand zu nahe trete: Diese Haltung überträgt sich leicht auf die parastaatlichen Wohlfahrtsverbände, die sich als „Liga“ bezeichnen, de facto aber ein Kartell bilden und sich alleine als professionelle Hüter der Wohlfahrt sehen. Sie sind in der Versuchung, sich aus falschverstandener Konkurrenz gegen neue zivilgesellschaftliche Initiativen abzuschotten, obwohl sie schon jetzt mit den vorhandenen Aufgaben hoffnungslos überfordert und strukturell unterfinanziert sind.

# Neubelebung der christlichen Soziallehre: Subsidiarität

Die aktive Gestaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen in unseren Nachbarschaften, das ist der eigentliche demokratische und gesellschaftliche Auftrag, das ist unsere gemeinsame Verantwortung als Gemeinschaft, die wir vor dem Auseinanderfallen bewahren müssen. Bloßes staatliches Geld reicht hinten und vorne nicht. Und die Schuldenbremse ist richtig: Wir dürfen unsere Kinder und Enkel nicht mit noch größeren Schulden belasten. Möglicherweise wird dieser gesamtgesellschaftliche Auftrag nicht deutlich genug artikuliert und daher auch möglicherweise nicht deutlich genug in der Umsetzung beachtet: Nehmen Sie sich ein Beispiel am Bündnis für Augsburg, wo der Oberbürgermeister sowohl die sechs Fraktionen als Vertreter, weitere sechs gewählte Unternehmensvertreter und sechs aus allen zivilgesellschaftlichen Organisationen delegierte Mitglieder im Steuerungskreis zusammengefasst hat. Es werden Beschlüsse gefasst und verbindliche Aufgaben verteilt - mit Berichtspflicht direkt an den OB, der das Büro des Bündnisses als Stabsstelle bei sich im Vorzimmer installiert hat.

# Kampf gegen die Gleichgültigkeit aufnehmen

Und dabei müssen wir Engagierten es schaffen, eine schweigende und passive Mehrheit in unserer unmittelbaren Umgebung zunehmend auf unsere Seite zu ziehen und zu aktivieren. Hier spreche ich nicht nur als Einzelperson, sondern habe den Bundespräsidenten an meiner Seite.

Er hat in seiner Rede zum 9.Oktober 2014 in Leipzig vor der Gleichgültigkeit gewarnt – ich zitiere daraus: „Auch die Demokratie kennt Ohnmacht, oft ist es selbstverschuldete Ohnmacht, wenn der Einzelne nicht mitredet, nicht mitgestaltet, nicht zur Wahl geht, sich nicht für zuständig erklärt, obwohl über ihn und seine – unsere – Gesellschaft befunden wird. Ich weiß, dass es nicht jedem gelingt, sich etwa in einer Partei zu engagieren. Aber unsere Gesellschaft bietet doch unzählige Möglichkeiten, sich einzubringen: in Verbänden und Vereinen, in Kirchen und Gewerkschaften, in der Nachbarschaftshilfe, in Nichtregierungs-organisationen und nicht zuletzt im engagierten Milieu der Netzgemeinde. Wir dürfen niemals vergessen, dass unsere Demokratie nicht nur bedroht ist von Extremisten und von Fanatikern und Ideologen, sondern dass sie ausgehöhlt werden und ausdörren kann, wenn die Bürger im Land sie nicht mit Leben erfüllen.“ (Zitatende)

Dem kann man nur zustimmen. Und es wäre gut, wenn in unserer Gesellschaft über solche Zitate mehr geredet wird. Da stimmt etwas nicht mit unserer politischen Kultur. Das alleine ist es nicht.

# Haltungsfehler 2: Mangelhaftes Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft

Die gemeingefährliche Gleichgültigkeit ist eingebettet in eine geistige Haltung, an der wir nachhaltig Grundlegendes ändern müssen, wenn wir wirklich eine lebenswerte Zukunft erringen wollen: Praktisch jeder Engagierte muss sich immer wieder fragen lassen, warum er sich das alles antut und gerät dann in eine Verteidigungs- und Rechtfertigungshaltung – das nenne ich eine Selbstverzwergung: Sie sind keine rein caritativ motivierten Gutmenschen: Sie sind als Engagierte Gemeinwohlproduzenten, auf die unsere freiheitliche Gesellschaft sehr anagewiesen ist und ohne deren Mitwirken die heutige Lebensqualität in zahllosen Bereichen nicht erhalten werden könnte. Auf eine solche Anmache müsst eine ganz einfache Gegenfrage erfolgen: Ich leiste meinen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt – was ist mit Dir? Dabei geht es nicht um eine totale Inanspruchnahme, sondern um die schlichte Frage, ob nicht alle einen angemessenen Zeitbeitrag leisten könnten zum Gemeinwohl, auch mit kleinen übersichtlichen Leistungen wie z.B. Kaffeeausschenken bei Festen u.ä. Aber die bisher nicht Engagierten müssen dazu gefragt, sie müssen gebeten werden und warten vielleicht sogar drauf. Wir wissen aus allen Umfragen, dass mindestens 25% der bisher nicht Engagierten – und deren Anteil in Forchheim extrem hoch mit 75% - bereit wären sich zu engagieren, wenn Ihnen ein entsprechendes Angebot gemacht und sie förmlich gefragt werden. Ich ermutige Sie dazu.

Und zum Thema Trägheit und Gleichgültigkeit kommen wir gleich zu einem damit eng verbundenen Haltungsfehler, der insbesondere die Alten (aber nicht nur sie!) betrifft:

# Haltungsfehler 3: Defizit-orientiertes Altersbild

Die gesellschaftlich weit verbreitete und fest verwurzelte Haltung muss endlich offensiv korrigiert werden: Das defizit-orientierte einseitige und deswegen falsche Altersbild – und die damit gekoppelte asoziale Vorstellung, dass jeder im Alter beliebig lange die Beine hochlegen kann und nichts mehr beitragen muss zum Gemeinwohl.

Auch hier haben wir einen besonders tiefsitzenden gesellschaftlichen Einstellungsfehler: Uns geht’s doch gut, der Staat wird’s schon richten und wir Alten müssen keinen Beitrag (mehr) leisten, sondern können auf unseren Ansprüchen beharren - wider besseres Wissen: Auch wegen der notwendigen Schuldenbremse wissen wir ganz genau, dass das staatliche Manna nicht lange weiter vom Himmel regnen wird, weil das zu erwirtschaftende Steueraufkommen hinten und vorne nicht reicht.

Also**: Ein Recht auf Ruhestand gibt es nicht.** Vielmehr ist die Freiheit des Ruhestandes untrennbar mit der **moralischen (**nicht **gesetzlichen!**) Verantwortung verbunden, dass die gesunden, fitten und leistungsfähigen Ruheständler sich möglichst freiwillig aktiv einbringen in ihr Gemeinwesen. Und wenn im ersten Engagementbericht der Bundesregierung von **Selbstverpflichtung** die Rede ist, sollte es statt Geheule über diese abzulehnende „Zumutung“ eine signifikante und lautstarke Zustimmung geben. Davon sind wir meilenweit entfernt. Und wenn wir die Ressource Alter nicht angemessen zu freiwilligen Gemeinwohlproduzenten machen, dann wird es eine gesetzliche Pflicht geben, weil kein anderes Mittel mehr vorhanden ist. Ich will keinen Zwang, dafür kämpfe ich jetzt um die Stärkung des Ehrenamts.

Lassen Sie mich noch deutlicher werden: **Alter ist zu bewerten wie Eigentum**: Es ist gesellschaftlich und persönlich erarbeitet und erlebt worden – der gesellschaftliche Beitrag dazu ist größer, als den Meisten bewusst ist. Was wären wir ohne unsere freiheitliche Ordnung, ohne gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ohne staatlich gewährleisteten Frieden, ohne öffentlich bezahlte Bildung, ohne funktionierende Rechtsordnung, ohne medizinischen Fortschritt? Und deswegen wage ich zu behaupten: So wie Eigentum nach Artikel 14 Grundgesetz zum sozialen Gebrauch verpflichtet, so **verpflichtet auch Alter zum sozialen Gebrauch.** Ihnen hier brauche ich das nicht zu sagen. Aber Sie sollten sich dessen bewusst sein bei Akquisitionsgesprächen und nicht nur an eine caritative Grundeinstellung appellieren: Es geht um eine **neue Kultur der Mitverantwortung** – und da werden strategische Mitspieler gebraucht, keine Bittsteller. Das hat auch was mit Mission zu tun, so altmodisch das heute klingt. Wer selbst nicht brennt, kann auch keine anderen anzünden.

Diese Mitverantwortung wahrzunehmen, das verschafft einem (wem sage ich das?) etwas, das man eben nicht mit Geld kaufen kann: Sinn, Selbstwirksamkeit und Gruppenzusammenhalt, Gemeinsamkeit in der Sache und gegenseitige Anerkennung – in einem Wort zusammengefasst: Ein unbeschreibliches Glücksgefühl, Mensch im wahrsten Sinne des Wortes zu sein.

# Haltungsfehler 4: Übermäßige Fixierung auf die vorgegebene, einzelne Institution/Aufgabe und deren innerverbandliche Organisation – „wir sind die Größten“

Ich mache den Haltungsfehler, der alle Bereiche (auch Politik und Verwaltung) zunächst an Bürgerstiftungen fest: Grob vereinfacht verharrt das Selbstverständnis vieler Bürgerstiftungen in der Haltung einer sozial-caritativen Feuerwehr: überall, wo es besonders raucht und brennt, versuchen sie das Feuer zu löschen. Inzwischen brennt es aber deutlich mehr, als wir je alle zusammen löschen können. Um zu einem wirklichen Brandschutz zu kommen, bedarf es einer grundlegenden Haltungsänderung. Und dazu gehört, damit aufzuhören, immer als erstes darauf zu schauen, was der eigenen Organisation am meisten nutzt oder wie man selbst am besten sichtbar wird nach Außen.

# Wird das freiwillige Engagement in Deutschland nachhaltig gefördert?

Wir brauchen unbedingt mehr gesellschaftliche Zusammenarbeit nicht nur mit den anderen Wohlfahrtsorganisationen, sondern auch mit den Kirchengemeinden, mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Bürgerstiftungen, Freiwilligen- und Seniorenbüros (in anderer Trägerschaft) sowie mit den Kommunen, die wir auch in finanzieller Hinsicht entlasten müssen, weil sehr viele von ihnen strukturell unterfinanziert sind und mehr leisten müssen, als sie können. Und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gehört nicht zu den Pflichtaufgaben bei der Daseinsvorsorge. Diese Zusammenarbeit fällt nicht vom Himmel: Sie muss in mühsamer Vertrauensaufbauarbeit geleistet werden, nicht im Nebenjob. Es müssen Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung gesucht, Kompromisse eingegangen und dann auch Versprechungen eingehalten werden. Und dafür müssen gesonderte, nicht projektgebundene personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden – von allen beteiligten Akteuren.

Es ist mir besonders wichtig, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihr **segmentiertes** Vorgehen beenden und gemeinsam ein schärferes, auch politisches Sendungsbewusstsein entwickeln – bloße Charity und Eigenbrötelei, das Schmoren im Interesse der Erhaltung eigener örtlicher Organisationsstrukturen darf nicht alles gewesen sein. Es liegt in Ihrer Hand, sowohl mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen, als auch unsere gemeinsame Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen. Und mit eigener Initiative bei Kooperationen beispielhaft voranzugehen – das stärkt die Nachbarschaften und muss mehr sein, als die Sonnenschein-Beziehungen über Internetportale, die so in Mode kommen. Das, was wir dringend brauchen, ist eine verbindliche und gesicherte Form der Erbringung von Dienstleistungen in der Nachbarschaft, die im bisherigen Sozialsystem nicht erbracht werden können oder zu teuer sind für arme Leistungsempfänger. Dazu eignen sich die Genossenschaften in hervorragender Weise, besonders wenn sie als eingetragene Genossenschaft genau die Rechtsform sind, in der solche wirtschaftlichen Leistungen zu erbringen sind.

Die den Genossenschaften zugrundeliegenden Prinzipien können auch für viele eine neue lokale Identität aufbauen, weil sie ganz anders als der ja nach wie vor von oben organisierte Wohlfahrtsstaat eben von unten aufgebaut sind und eine direkte Mitbestimmung ermöglichen. Auch hier ein Element der Selbstwirksamkeit, die in der zunehmend anonymen und globalisierten Gesellschaft als wirksames Gegenmittel gegen Isolierung und mangelhafte Teilhabe wirken können.

Diese Prinzipien sind:

1. Identitätsprinzip: Kunden werden zu Produzenten/Eigentümern gemacht in einer Person. Damit entsteht ein unmittelbarer Einfluss auf die Erbringungsform von Dienstleistungen und deren Marktwert. Hier übrigens auch eine besondere Form der Selbstwirksamkeit, die Hauptmotiv für freiwilliges Engagement ist.
2. Demokratieprinzip: IN den meisten Genossenschaften hat man unabhängig von der Höhe der Einlage/Anteile immer nur eine Stimme. Praktizierte Gleichheit.
3. Solidaritätsprinzip: Raiffeisen hat gesagt, Was einer nicht alleine kann, können viele – dafür gibt es diese Rechtsform, die bei Versagen des Marktes und des Staates besonders wirksam für die selbstorganisierte Versorgung mit Waren und Dienstleistungen geeignet ist.
4. Förderprinzip: Die Mitglieder fördern sich gegenseitig, ein gelebter gesellschaftlicher Zusammenhalt und sinnerfüllte Aktivität.

Und schließlich haben einige Seniorengenossenschaften damit angefangen, die geringe Entlohnung, die sie in den Grenzen der sogenannten Trainerpauschaule oder der Ehrenamtspauschale für die regelmäßige Erbringung von Dienstleistungen bezahlen nicht direkt auszuzahlen, sondern als eine Zeitgutschrift auf einem Treuhandkonto zu buchen, die der Leistungserbringer später bei eigenem Bedarf einlösen kann. Dieses Verfahren könnte sich gerade in einkommensschwachen Haushalten als eine vierte Säule der Altersvorsorge erweisen. Denn verfügbares Geld für eine zusätzliche Altersvorsorge zur gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorge haben diese ja oft nicht – aber über Zeit können sie im „jungen“ Alter verfügen und sich damit bargeldlos eine zusätzliche Vorsorge aufbauen. Gerade angesichts der sich verschärfenden Altersarmut könnte das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein. Hier gibt es noch zahlreiche Probleme, zum Beispiel die Übertragbarkeit von einem Ort an den anderen, zu lösen – es würde sich aber sicher lohnen, hier eine neue Struktur aufzubauen.

Der Gründer der GLS-Bank hat gesagt:

„Die Angst vor der Zukunft, die wir befürchten, kann man nur bekämpfen durch die Gestaltung der Zukunft, die wir uns wünschen.“ Machen Sie mit!